

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN 

igmetallflugblatt | Freudenstadt
MÄRZ 2019

IG METALL VERHANDLUNGSKOMMISSION BEI HECKLER&KOCH INFORMIERT

Botschaft der IG Metall Verhandlungskommission am 1. März 2019:

Ein „Weiter so“kann es nicht mehr geben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im zweiten Gespräch zwischen IGM Verhandlungskommission und der Kommission der Geschäftsführung standen die jeweiligen Verhandlungskonzepte im Mittelpunkt der Gespräche.

Die Geschäftsführung stellte im Kern folgende Forderungen in den Raum, die zur „Gesundung des Unternehmens führen sollen.

Heckler & Koch— Geschäftsführung zur Erfordernis Tarifabweichung:

- **Arbeitszeiterhöhung auf 38,75 Stunden Woche, ohne Entgeltausgleich**

Heckler und Koch: Belegschaft soll Mehrarbeit leisten

OBERNDORF – Wegen der schwierigen Wirtschaftslage fordert die Geschäftsleitung von der Belegschaft des Oberndorfer Waffenherstellers nun unbezahlte Mehrarbeit. „Unsere Mitglieder sind total wütend“, so die IG-Metallbevollmächtigte Dorothee Diehm zur NRWZ.

Die Mitarbeiter sähen nicht ein, weshalb sie dafür gerade stehen sollen, was die Geschäftsleitung und der Mehrheitsaktionär Andreas Heeschen verbockt hätten. Aus Belegschaftskreisen war ein Journalist der „Welt“ über die Pläne zur Mehrarbeit informiert worden. Inzwischen haben etliche andere Medien berichtet, dass trotz neuer Aufträge für Sturmgewehre und Pistolen „die Finanzsituation von Heckler & Koch (H&K) immer wieder für Spekulationen“ Sorge, schrieb beispielsweise Finanznachrichten.de. Dazu trügen die hohe Verschuldung, Verlustergebnisse und die ungeklärte Eigentümersituation bei.

Laut Merkur.de hat ein HK-Sprecher gesagt: „Derzeit arbeiten wir an einem umfangreichen

Heckler und Koch: Belegschaft soll Mehrarbeit leisten

Innovations- und Wachstumspakt unter Einbindung aller Stakeholder von Heckler & Koch.“

Investitionsstau

Die IG-Metall habe im Dezember auf Wunsch der neuen Führung mit Jens Bodo Koch und des neuen Finanzchefs Björn Krönert Verhandlungen aufgenommen. „Krönert soll die Bude auf Vordermann bringen“, so Diehm. Es gebe einen großen Investitionsstau. „Außer der Kantine sei alles überholungsbedürftig, erzählen die Mitarbeiter.“ Die Beschäftigten hätten den Eindruck, dass der Hauptaktionär Geld aus der Firma gezogen habe. Sie forderten, dass diejenigen, die die Schieflage verursacht hätten, nun dafür sorgen müssten, dass der Laden wieder flott wird.

Die Forderung nach unbezahlten zweieinhalb Stunden Mehrarbeit und der Verzicht auf 400 Euro sei angesichts der Lage des Unternehmens „eher ein symbolischer Betrag“, fürchtet Diehm. Bei einer Betriebsversammlung am 14. März habe sie die Belegschaft informiert. In den nächsten zwei Wochen werde die Belegschaft entscheiden, ob sie den Vorschlag der Geschäftsleitung annimmt. Angesichts der Stimmung in der Belegschaft habe sie „keine Ahnung, ob das durchgeht“, so die IG-Metallbevollmächtigte.

“Kurz vor der Insolvenz?”

Das IMU-Institut hatte im Auftrag der IG-Metall die HK-Bilanz analysiert und war zu dem Schluss gekommen, HK befinde sich „kurz vor der letzten Stufe einer Krisenentwicklung“, nämlich der Insolvenz. Für die Geschäftsleitung allerdings sei die Insolvenz „kein Thema“, heißt es in einem Flugblatt der IG-Metall. Das Management sieht in den Mehrarbeitsstunden und dem Verzicht auf 400 Euro als „Beitrag“ der Beschäftigten „eine wesentliche und auch in der Außenwirkung enorm wichtige Komponente“, zitiert die IG-Metall aus einem Schreiben der Geschäftsleitung.

Die Beschäftigten trügen keine Verantwortung für die aktuelle Ertragskrise und bis jetzt sei darauf verzichtet worden, den Beschäftigten „finanzielle Opfer“ abzuverlangen. Dann wird das neue HK-Führungsteam deutlich: „Sollte es zu keiner Einigung kommen, dürften sich unsere Geldgeber die berechnete Frage stellen, ob die Beschäftigten überhaupt an dem Erhalt der Arbeitsplätze interessiert sind.“

Die IG-Metallbevollmächtigte Diehm sieht das anders. Viel wichtiger für die Sanierung des Unternehmens als die Zugeständnisse der Beschäftigten sei ein Schuldenschnitt, „um HK überhaupt wieder zukunftsfähig zu machen“. Das sei überhaupt die Bedingung für den Abschluss eines Sanierungstarifvertrages.